

Solarzellen statt Reben?

ENERGIE Es sind nicht die Umweltverbände, die die Energiewende behindern, sondern die Versorger und die Politik. Ein Gastbeitrag des alt Regierungsrates.

Herbert Bühl*

In der AZ vom 22. September 2022 erschien ein Interview mit Andrea Paoli, dem Energieberater der Kantone Thurgau und Schaffhausen. Er kritisierte darin sowohl die Stiftung Landschaftsschutz als auch den Heimatschutz als Behinderer der Energiewende und auch die Denkmalpflege. Letztere ist notabene eine Verwaltungsstelle im selben Departement wie die Energieberatung.

Landauf und landab wird gerne behauptet, die Umweltverbände würden die Energiewende behindern, indem sie Projekte mit Einsprachen blockierten. Tatsache ist: Energiepolitisch wichtige Projekte wurden mehrfach von Betreiberseite auf Eis gelegt. Zum Beispiel das Ausbauprojekt am Lago Bianco auf dem Berninapass. Geplant waren eine Erhöhung der Staudämme, ein neuer Druckstollen, eine neue Wasserfassung des Palübachs, eine neue Zentrale unten im Pusclav und eine Erweiterung des Pumpspeicherbetriebs. Einmal gebaut würde diese Anlage eine Leistung von 1000 MW bringen, soviel wie das Kernkraftwerk Gösgen, und sie wäre eine riesige Batterie für den Winter.

Nur, realisiert wurde das Projekt bisher nicht, obwohl es von den Umweltverbänden mitgetragen wurde, es keine Einsprachen gab und seit 2016 eine Baubewilligung vorliegt.

Ein weiteres Beispiel ist die einst geplante Erhöhung des Staudammes auf der Göschenalp. Die der AXPO und CKW gehörende Kraftwerksbetreiberin brach das Projekt 2011 ab, weil sie sich mit dem Kanton Uri nicht über finanzielle Abgeltungen einigen mochte. Die Umweltverbände bedauern dies seit Jahren und forderten die Urner Regierung noch 2021 auf, mit der Betreibergesellschaft nochmals zu verhandeln. Die Umweltverbände für den drohenden Stromengpass verantwortlich zu machen, ist unredlich.

Aber schauen wir einmal genauer, was im Einflussbereich der Energiefachstelle des Kantons Schaffhausen in der jüngeren Vergangenheit geschah: 2021 bewilligte das kantonale Bauinspektorat den Bau eines Data-Centers der Genfer Firma Safe Host in Beringen, ohne dass ein Energiekonzept vorlag. Stromverbrauch bei Vollbetrieb laut Regierungsrat: 350 GWh/Jahr. Das sind drei Viertel des gesamten Stromverbrauchs im Kanton. Zur Einordnung: Mindestens 60 Prozent der Reben im Klettgau müssten mit Fotovoltaik-Panels überzogen werden, um diesen Strom zu produzieren, oder 60 Windturbinen auf die Höhen von Randen und Reiat gestellt werden. Wird der Strombedarf des Beringer Rechenzentrums nicht vor Ort produziert, werden – wenn man auf erneuerbare Energieträger setzt – anderswo Landschaften und Lebensräume umfassend beeinträchtigt.

Zum Energieverbrauch von Rechenzentren: Die von der Hardware aufgenommene elektrische Energie wird beinahe zu 100 Prozent in Wärme umgewandelt. Da die Hardwarekomponenten auf keinen Fall überhitzen dürfen, muss die dauernde Kühlung bzw. Klimatisierung der Geräte und Räume sichergestellt werden. Beim Betrieb des Beringer Rechenzentrums wird 15 Prozent mehr Strom fürs Kühlen und Klimatisieren benötigt als

fürs Rechnen. Jährlich werden somit bis zu 350 GWh Energie als Wärme auf ziemlich direktem Weg in die Umwelt gelangen, wenn sie nicht ausserhalb des Rechenzentrums genutzt werden können. Der Regierungsrat hat die potenzielle Nachfrage nach Abwärme über ein Leitungsnetz in der Nachbarschaft auf lediglich 88 GWh pro Jahr geschätzt. Sprich: Auch wenn in der Beringer Industriezone ein solcher Wärmeverbund eingerichtet würde, verbliebe ein riesiger ungenutzter Rest von ca. 260 GWh/Jahr. Fazit: Beringen ist der falsche Standort für ein solches Unternehmen. Rechenzentren müssen an Orten gebaut werden, wo eine grosse Nachfrage nach industrieller Wärme besteht.

Der Richtplan ist jetzt warme Luft

Mit der Erteilung der Baubewilligung für das in Beringen geplante Data-Center hat sich das Bauinspektorat über den Kantonalen Richtplan hinweggesetzt. Noch im Dezember 2018 beschloss der Kantonsrat dessen Anpassung im Energiebereich. Dabei verabschiedete der Rat unter anderem den Planungsgrundsatz, den Stromverbrauch im Kanton Schaffhausen auf dem Niveau von 2016 zu stabilisieren. Er legte zudem ein Ausbauziel bis 2035 für Windenergie und Strom aus Fotovoltaik fest und kündigte an, dass der Kanton Schaffhausen somit ab 2035 keinen Strom mehr aus Kernkraftwerken benötigen werde. Der behördenverbindliche Richtplan wurde durch den Bewilligungsentscheid des Bauinspektorates in warme Luft verwandelt. Und diese warme Luft kann nicht einmal genutzt werden.

Wo war die Energieberatung? Waren ihr die Hände politisch gebunden? Bekam sie nichts mit? Hat sie auf Beratung verzichtet? Wie passt die behördlich bewilligte Stromverbrauchsexplosion zu den jüngsten Appellen des Regierungsrates, die Bevölkerung soll jetzt Strom sparen, z. B. duschen statt baden? Wer soll solche Appelle ernst nehmen?



Peter Pfister

**Herbert Bühl ist Geograf und war von 2000 bis 2004 Schaffhauser Regierungsrat. Von 2005 bis 2017 präsidierte er die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission. Heute führt er ein Raumplanungs- und Beratungsbüro.*